

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1298.

## Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:  
Gebr. Knaß, Dresden  
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Fringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wort und Bild“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einschulnummer 10 Goldpfennig.  
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 961.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 961.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompatibleizeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Mellemgröße 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Vorfriederlegung 10 Goldpf.

Nr. 167

Dresden, Sonnabend den 19. Juli 1924

35. Jahrg.

## Die Gegensätze in London

Die Verhandlungen in London gehen nur sehr langsam vorwärts, da die Ausgleichung der Gegensätze zwischen England und Frankreich große Schwierigkeiten macht. Viele Gegensätze zwischen England und Frankreich sind ja in den letzten Jahren bei den Verhandlungen über die Reparationsfrage immer wieder hervorgetreten. Sie gehen darauf zurück, daß diese beiden Staaten an das ganze Problem von ganz verschiedenen Gesichtspunkten herangehen. England hat zwar den Weltfrieden von Versailles mitgemacht, aber die Engländer sind durch den übermäßigen Aufbaumarktunterricht, den ihnen die wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Jahre erteilt haben, recht bald zu der Einsicht gekommen, daß der Friedensvertrag und die ihm nachfolgenden Reparationspflichten wirtschaftlich unmöglich sind. Jahrelang hat England daher unter der gewaltigen Arbeitslosigkeit gelitten, die die Folge der Störungen der Weltwirtschaft durch den Friedensvertrag und seine Rückwirkungen war. Wenn England auch schon unter den bürgerlichen Regierungen eine für Deutschland günstige Haltung eingenommen hat, so sicher nicht aus Liebe für das deutsche Volk, sondern weil ihm daran lag, die Weltwirtschaft vor neuen Erschütterungen zu bewahren.

Andererseits Frankreich, ganz abgesehen davon, daß weite Gebiete seines Landes durch die deutschen Heere zerstört worden waren und es deswegen abzu- in besonderer Weise einen Anreiz auf deutsche Zahlungen zu haben, so sind es vor allem Dinge militärischer und politischer Gründe, die Frankreich bei seinem Verhalten gegenüber Deutschland leiten. Während in England niemand einen militärischen Angriff Deutschlands fürchtet, sieht in den Köpfen vieler Franzosen die Angst vor einem deutschen Revanchekrieg sehr lebhaft. Man hat zwar die deutsche Sicherheit durch den Friedensvertrag beschränkt, aber auch bei den Franzosen dürfte die Erinnerung an die Ereignisse vom Anfang des vorigen Jahrhunderts nicht verloren gegangen sein. Damals hatte Napoleon nach dem für Frankreich erfolgreichen Krieg von 1806 und 1807 im Friedensvertrag Preußen nur ein kleines Heer gelassen, aber mit Hilfe des sogenannten Armeepaktens, bei dem ein großer Teil der Mannschaften immer nur kurze Zeit zur Ausbildung beim Heere behalten und dann wieder entlassen wurde, gelang es Preußen, große Massen auszubilden und 1813 wieder ein starkes Heer auf die Beine zu bringen. Dazu kommt, daß in der französischen Politik vom Jahre 1871 bis zum Weltkrieg die Revanchepolitik eine große Rolle spielte, und schon deshalb werden viele Franzosen glauben, daß es in Deutschland ebenso sein müsse. Leider ist in Deutschland nur dazu viel geachtet, um der Furcht der Franzosen vor Deutschland Nahrung zu geben. Es braucht nur erinnert zu werden an das Ersuchen der deutschvölkischen Bewegung und an die Rauschfreierei unter dem deutschen Kaiser vom Schicksal der Enden der, Süder und Nordsee.

Trotz all der Bedenken, daß wir wieder einmal Afrika und Asien vielen könnten, unglücklich fürcht. Selbst wenn es möglich wäre, durch Nachahmung des damaligen Armeepaktens genügend ausgebildete Mannschaften zu schaffen, so wäre damit nicht viel erreicht, denn in dem Zukunftskrieg wird es noch viel mehr als in dem hinter uns liegenden Weltkrieg auf die Menschheit auf die Menge und die Volkshomogenität der Nordsee in Luft und Wasser und Land ankommen, und den notwendigen technischen Apparat können wir uns unmöglich, wenn es zu einem Kampf keine schnell genug schaffen. Eine wie wirklich einen praktischen in Betracht kommenden Widerstand leisten könnten, wären wir schon längst über den Ozean gegangen. Ein solcher Zukunftskrieg wäre aber für Deutschland nicht nur völlig aussichtslos, sondern seine Zerstörung wäre auch so groß, daß das, was auch im besten Falle gewonnen werden könnte, in keinem Verhältnis zu den Opfern stünde. Ergeben alle früheren Kriege gegenüber dem Weltkrieg als Niederlage, so würde uns, wenn wir den Zukunftskrieg hinter uns hätten, auch der Weltkrieg 1914-1918 neben dem furchtbaren Geheißel, das wir dann durchgemacht hätten, als eine harmlose Bräuterei erscheinen. Genauso sind die Nachrichten über die Fortschritte der Weltwirtschaft, die seit dem Weltkrieg gemacht wurden. Und wenn auch nur ein Bruchteil davon wahr ist, so müssen die Fehler des Zukunftskrieges, bei dem noch in ganz anderem Maße als 1914-1918 die verheerliche Verwüstung in Mitteleuropa gewesen wäre, die Verluste des Weltkrieges um das Vielfache übertreffen. Der heute in Deutschland mit dem Gedanken des Revanchekrieges spielt, ist ein großer Feind des deutschen Volkes und alle, denen ihr Volk und ihr Land lieb ist, müssen zusammenstehen, um die Furcht der Franzosen, wo sie sich nur immer findet, auszuwischen.

Aber leider fehlt es uns eben in Deutschland nicht an mehr oder weniger tobenden Revanchehelden und diesen annehmlichen Zeitgenossen haben wir es zum guten Teil zu verdanken, daß der Weltfrieden von Versailles noch immer das nationale Pflaster in Frankreich noch immer stark ist und der Weltfrieden nicht auf ihn Rücksicht zu nehmen. So ist es zu erklären, daß die Franzosen die Sanktionsfrage immer wieder in den Vordergrund stellen und daß sie sich vor allen Dingen dagegen sträuben, recht bald ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückzuführen.

Die deutsche Regierung hatte ursprünglich erklärt, daß sie bereit sei, das Sachverständigengutachten unter den Be-

dingungen anzunehmen, die von den Sachverständigen selbst für seine Verwirklichung aufgestellt sind. Zu diesen Bedingungen gehört aber nicht die militärische Räumung des Ruhrgebietes. Es wäre gewiß ein sehr großes Unrecht gegen Deutschland, wenn auch nach Zustandekommen des Sachverständigengutachtens die dem Friedensvertrag zuwiderlaufende Besetzung des Ruhrgebietes aufrecht erhalten würde und Deutschland mit selbstverständlich die Forderung nach militärischer Räumung des Ruhrgebietes stellen. Aber eine andere Frage ist es, ob wir über das hinausgehen wollen, was ursprünglich gefordert wurde, und an die Annahme des Sachverständigengutachtens Bedingungen knüpfen wollen, die nicht in dem Gutachten selbst enthalten sind. Und das würden wir tun, wenn wir die Zulassung der militärischen Räumung als Vorbedingung für die Annahme des Gutachtens forderten.

Man braucht sich nicht darüber zu wundern, daß die Deutschnationalen, die natürlich verstehen, sich als die einzigen wahren Vertreter der deutschen Interessen aufzufassen, dafür eintreten, Deutschland müsse auf der Räumung der Ruhr bestehen. In der Kreiszeitung vertritt der Abgeordnete Professor Koch, der zu dem gemäßigten Flügel der Deutschnationalen gehört, sehr entschieden den Standpunkt: ohne militärische Räumung keine Annahme des Sachverständigengutachtens. Auch im deutschvölkischen Lager, wo man eine unbeschränkte Forderung vor der Deutschnationalen Konkurrenz hat, wird mit ähnlichen Gedanken gespielt. Zweifellos ein recht gefährliches Spiel. Würde etwa wirklich an der Frage der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes das Sachverständigengutachten scheitern, so hätte das für Deutschland schwerere wirtschaftliche Folgen. Doch dann Rhein und Ruhr von den Franzosen weiter als Reparationsprovinz ausgebeutet würden, ist klar und wenn unsere hafenfreizugsgeschädigten Süderbuben noch so oft das schöne Lied singen „Siegereich woll'n wir Frankreich schlagen“, so widerstehen die Franzosen sicher nicht vor der Ruhr.

Es berechtigt der Anspruch ist, daß die Franzosen das Ruhrgebiet verlassen sollen, so muß es uns doch in erster Reihe auf eine vernünftige Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu der übrigen Welt ankommen. Bestimmt es uns, die deutsche Volkswirtschaft vor neuen schweren Katastrophen zu bewahren, dann werden wir am ehesten auch die notwendige Entschärfung der politischen Atmosphäre erreichen. Verdankt doch der hafenfreizugsgeschädigte seine Blüte, ebenso wie der Volkswirtschaft der Staat und Schöler, zum großen Teil dem wirtschaftlichen Gied des deutschen Volkes, das weite Kreise gemäßigten Mannesfreiers jützte, die es verstehen, sich durch strukturellen Fortschritt die Verwirklichung durch Not verbitterter Menschen zumute zu machen. Genauso wie dem Völkerverständnis wird dem Nationalbewusstsein der Vöden durch eine Festigung und Besserung untrer wirtschaft-

lichen Verhältnisse entzogen. Gewiß bringt uns das Sachverständigengutachten schwere Zeiten, aber die Hoffnung ist berechtigt, daß kein Zustandekommen es dem deutschen Volke ermöglichen wird, sich in über Arbeit emporzuarbeiten. Dann aber wird in Deutschland der nationalitische Geist bedeutungslos werden und dann wird die Zeit kommen, wo das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich verändertes und die beiden Völker ohne Haß und Mißtraut gemeinsam arbeiten an dem Fortschritt der Menschheit.

### Geringe Fortschritte

London, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die positiven Fortschritte in den Beratungen der Londoner Konferenz sind als außerordentlich gering zu bezeichnen. In allen drei Kommissionen sind die Schwierigkeiten und Gegensätze so groß, daß es bisher nicht gelungen ist, auch nur in einer einzigen Kommission die erlösende Einigungsformel zu finden. Die Gegensätze bestehen nicht nur zwischen der englischen und der französischen Auffassung, sondern auch wie es gerade noch den letzten Verhandlungen in der zweiten Kommission feststeht, auch zwischen der französischen und belgischen Auffassung. Im einzelnen ist der gegenwärtige Stand der Verhandlungen in den drei Kommissionen etwa folgender:

In der ersten Kommission ist bekanntlich bei unter amerikanischem Einfluß entstandene Kompromißantrag in Vorbereitung, der die Folge der Anwendung von Sanktionen durch eine der internationalen Wächter mit einem für sie aus dieser Handlungsweise herzuleitenden finanziellen Risiko verknüpft. Es heißt, daß die Franzosen zu einem derartigen Zugeständnis bereit wären. Die englischen Vertreter in dieser Kommission waren vorläufig noch nicht dazu zu bewegen dem vorgeschlagenen Kompromiß zuzustimmen. Die zweite Kommission beschäftigt sich mit dem Plan des französischen Senats, der die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes in fünf Etappen vorsieht. Die Meinungsverschiedenheiten ergeben sich hauptsächlich in der Frage des Termins, in dem die Räumung durchgeführt werden soll. Der englische Standpunkt will, daß die Räumung bereits am 15. September vollzogen sein soll, und es scheint, daß auch die Belgier einen kürzeren Räumungstermin beabsichtigen, als ihn die Franzosen in Aussicht stellen. Nach der französischen Auffassung soll zwei Jahre nach der Annahme der zur Durchführung des Gutachtens notwendigen Besetze durch den Deutschen Reichstag die Vollstreckung offengehalten werden und im weiteren Zeitabstand sollen die übrigen wirtschaftlichen Beschränkungen fallen. Die dritte Kommission, die sich mit der Frage der Uebertragung der deutschen Verleihen und Schließungen (Zentral) beschäftigt, und in dem man bisher die geringsten Gegensätze sah, sieht sich nach den neuesten Verhandlungen ebenfalls vor große Schwierigkeiten gestellt. Sie beabsichtigt, von der nächsten Vollversammlung, die für Montag erwartet wird, neue Instruktionen zu erbitten.

### Neue völkische Enthüllungen

Wie sie sich den Novemberputsch dachten!

München, 18. Juli. (Eig. Draht.) Die Verjüngungserscheinungen im völkischen Lager geben der Bayerischen Volkspartei den Mut, aus ihrer Zurückhaltung gegenüber dem Antifreudist herauszutreten. Noch bevor sie die Enthüllungen des Abg. Schöber in der Verfassungsausschuss erhalten haben, leuchteten ihnen die neuen jüngsten Enthüllungen beim. Er veröffentlicht im Bayerischen Kurier einen Brief, den der Semi-Gesellschaft Fischer von Treuberg am 18. September 1923 an seinen Freund und jetzigen völkischen Fraktionsführer Dr. Gausler geschrieben hat:

„Dr. Roth und Wechner werden den Vöden schmeicheln. Wir müssen aber dann ganze Arbeit machen und nicht nur die roten Wägen verdrängen und kassieren lassen, sondern auch Völkischer und Antifreudist, unter Umständen auch Kader verdrängen. Wir müssen im Interesse des Bestehens der Aktion und der Fortdauer unserer Herrschaft auch nicht davon zurückweichen, auch Leute wie Hollinghans, letzter bayerischer Kriegsminister, T. Red. zu pöden und vor ein Gericht zu stellen. Wenn wir solche Leute pöden, kann keine Seele uns revolutionärer Bestimmung beklagen.“

In dem Brief wird dann auch eine Niederlage aufgeführt. Die politische Zeitung sollte in den Händen eines Direktors des Antifreudist Wecker-Heiß liegen. Als Innenminister war Dr. Roth in Aussicht genommen, weil er allein klar und rücksichtslos genug ist. Auf wirtschaftlichem Gebiet wird der Völkisch gemacht, die Bayern durch Zwang zum Verkauf ihrer Produkte zu bringen, damit sie nicht mehr wuchern können. Inwieweit diese sind mit dem Tode zu bestrafen, die erste Zeit darf als Strafe überhaupt nur die Todesstrafe gelten, denn alle anderen Strafen helfen nicht, weil sie den Verhafteten nur ins Lager des Gegners bringen.“

Den Völkischen, insbesondere Ludendorff und Krieger, wird die Fähigkeit zu selbständiger politischer Tätigkeit ab-

Mit Rede fragt der Bayerische Kurier, warum dieser Brief, der dem Geruch im Hitler-Prozess doch zweifellos bekannt war und der für die Urteilsbildung gewiß von einschneidender Bedeutung gewesen wäre, nicht bekanntgegeben wurde? Der Kurier geht aber noch einen entscheidenden Schritt weiter und legt an, daß sich der von den Sozialdemokraten geforderte Untersuchungsausschuss des Landtags jetzt auch um diese Dinge, die sich um den Brief des Semi-Gesellschaft-Fischer gruppieren, kümmern soll.

### Völkische unter sich

Die Reichstagsabgeordnete, herausgegeben vom deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Alfred Roth, brachte kürzlich folgende Briefeinstellung:

„Koblenz in Hamburg-Berlin. Sie wissen ja wohl, den Verräter benutzt man, aber man verachtet ihn als einen Lumpen. Dürfen Sie sich nicht allzu lumpenhaft zu zeigen, denn selbst das Deutsche Tageblatt vertritt auf die Dauer solche Mitarbeiter nicht. Und was soll dann aus Ihnen werden?“

„Meint er mir oder meint er mich?“, dachte J. Bucher von Wulst. „Deutschem Tageblatt, setze sich hin und schreibe eine Erklärung. Es handle sich um Dinge, die vor zwölf Jahren passiert sein sollen und die nicht mehr nachsprühen wären. Im übrigen halte er es mit der Feuerregel.“

Wenn das Schwein sich wagt in der Lodge, bräutet du's ihm nicht nachzumachen!

Es scheint also, daß die beiden Herren nicht ganz einig sind. Im übrigen predigen Herr Bucher, der Lump, und Herr Roth, das Schwein, täglich die Erneuerung Deutschlands durch den völkischen Idealismus.

### Der Segen des Partikularismus

Die bayerische Regierung hat mit ihren unaufrichtigen Verleihen, bei der Umgestaltung der Reichseisenbahn durch das Sachverständigengutachten möglichst viel für die bayerischen partikularistischen Eisenbahnbaherungen herauszufischen, eine schöne Leistung angerichtet. Der bayerische Vertreter der Königlich-Völkischen hat den henogtophischen Bericht der großen Senatsschleife Völkischer nachgesehen und dabei festgestellt, daß Völkischer u. a. gesagt hat, die Sachverständigen hätten die Möglichkeit ergriffen, die Einteilung der Eisenbahnen in mehrere Bezüge beizubehalten unter dem Vorbehalt einheitlicher Tarifgestaltung und Betriebsregelung. Es scheint, daß das bayerische Eisenbahnen auf alle Fälle bestehen bleiben solle. Die französisch-belgische Regie, die wunderbar funktionierte, könne also ebenfalls bestehen bleiben.“

Dazu bemerkt die Königlich-Völkische: „Die Rede Völkischer zeigt leider einen wunderbaren Punkt: die Befürchtung, daß die bayerischen partikularistischen Eisenbahnbaherungen als Stützpunkt für die Fortdauer nach Aufrechterhaltung der Regie über Internationalisierung“ der linksrheinischen Eisenbahnen benutzt werden könnten, erweitert sich als nur zu beschränkt. Die bayerischen Forderungen kommen den Leuten vom Schlosse Völkischer sehr gelegen. Was lag näher, als daß sie sich in diese Materie drängen würden? Sie benutzen jede Gelegenheit, die ihnen durch Reberzungen eines nicht immer richtig verstandenen deutschen Völkismus geboten wird, um sich in deutsche Angelegenheiten zu mischen. Die Reichsregierung und die Abgeordneten werden nun merken, wie verhängnisvoll es wäre, den bayerischen Forderungen mit Bezug auf die Eisenbahn sich zu unterwerfen.“

OK